

URL: <https://www.deutschlandfunk.de/die-presseschau-aus-deutschen-zeitungen-6632.html>

Deutschlandfunk vom 24. September 2022

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Die Kommentare beschäftigen sich mit der Debatte über die Aufnahme russischer Kriegsdienstverweigerer.

Doch zunächst zu den bundesweiten Demonstrationen für mehr Klimaschutz, zu denen die Bewegung „Fridays for Future“ aufgerufen hatte. 24.09.2022



Bundesweit haben Klimaproteste der Bewegung „Fridays for Future“ stattgefunden, hier eine Demonstration in München. (Sven Hoppe / dpa / Sven Hoppe)

...

Die [BADISCHE ZEITUNG](#) aus Freiburg bilanziert: „Fridays for Future und viele Sympathisanten haben gezeigt, dass sie ihren Elan weder in der Sommerhitze verloren haben noch in einer Art Krisen-Schockstarre feststecken. Das verdient Respekt. Demonstrationen leben ja oft von dem einen Moment, der alle aufrüttelt oder ärgert und auf die Straße treibt. Die Langstrecke aber ist die anstrengende Disziplin – auch beim Klimastreik. Zumal die erste Generation der Streikenden inzwischen von der Schule an die Uni gewechselt ist. Es ist gut für die politische Wetterlage im Land, dass diese Klima-Apo weitermacht. Eine außerparlamentarische Opposition für den Klimaschutz ist gerade in Zeiten der sich verschränkenden Krisen wichtig“, unterstreicht die [BADISCHE ZEITUNG](#).

Themenwechsel. Die Diskussion, ob russische Deserteure Asyl erhalten oder daheim Widerstand leisten sollen, kann aus Sicht der [STUTTGARTER NACHRICHTEN](#) rasch beendet werden, denn: „Die Frage stellt sich nicht. Wer aus einem autoritären Staat flieht, weil er sich nicht an einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligen möchte, wer sich nicht an Menschenrechtsverbrechen beteiligen möchte und zu Hause als Deserteur ein Verfahren fürchten muss, das jeglicher Rechtsstaatlichkeit widerspricht, der hat schlicht Anspruch auf Asyl – in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Die Regeln der Genfer Konvention und die des Grundgesetzes lassen keinen Interpretationsspielraum zu“, betonen die [STUTTGARTER NACHRICHTEN](#).

Die [SÜDDEUTSCHE ZEITUNG](#) stellt heraus: „Wer zuletzt in Moskau oder Sankt Petersburg gegen den erzwungenen Dienst an der Waffe demonstrierte, musste mit seiner Verhaftung rechnen – Hunderte landeten im Gefängnis. Wer sich weigert, an Putins völkerrechtswidrigem Krieg gegen die Ukraine teilzunehmen, verdient nicht zehn Jahre Haft, wie es der Föderationsrat per Gesetzesänderung festgelegt hat. Er verdient Schutz vor den Repressionen- und Asyl in der EU. Dass dies alle demokratischen Parteien in Deutschland so sehen, ist eine erfreuliche Abwechslung zu den sonstigen Meinungsverschiedenheiten in der Frage, wie die Ukraine zu unterstützen sei. Jeder Soldat, der sich nicht von Putin für diesen Krieg missbrauchen lässt, ist ein Gewinn. Die EU sollte mit einem Willkommenssignal klarmachen: Neben Gefängnis und Einberufung gibt es für die russischen Reservisten eine dritte Option“, empfiehlt die [SÜDDEUTSCHE](#).

Die [MÄRKISCHE ODERZEITUNG](#) aus Frankfurt/Oder gibt zu bedenken: „In den post-jugoslawischen Kriegen wurden nicht zuletzt serbische Deserteure im Stich gelassen. Aber erstens bleibt es dabei, dass Desertion allein kein Asylgrund ist und zweitens fehlt es an praktischen Vorschlägen, wie Deserteure in die EU gelangen sollen. Dabei ist es richtig, Unterschiede zwischen Deserteuren zu machen – zwischen ukrainischen und russischen. Im Fall der russischen sollten wir aber alles tun, ihnen zu helfen, um zu verhindern, dass sie an einem Verbrechen beteiligt werden. Gebt ihnen Visa! Holt sie an den Grenzen ab! Gebt ihnen ein gutes Leben bei uns! Hauptsache, sie kämpfen nicht,“ argumentiert die [MÄRKISCHE ODERZEITUNG](#).

Mit diesem Kommentar endet die Presseschau.